

## Offenes Bekenntnis

LANDTAGSWAHLEN – ver.di liefert gute Argumente gegen die Rechts

Am 1. September werden in Sachsen und Thüringen neue Landtage gewählt, der in Brandenburg folgt am 22. September. Lange lag in den Umfragen die AfD in diesen Bundesländern vorn. In Sachsen führt mittlerweile die CDU, in den anderen beiden Bundesländern ist der Vorsprung der AfD geschmolzen.

In Thüringen und Sachsen sagen jedoch immer noch 30 Prozent der Befragten, dass sie ihr Kreuz bei der AfD machen wollen. Der ver.di-Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen setzt daher vor den Wahlen verstärkt auf Aufklärung. Bildungsreferent Oliver Preuss hat unter anderem Argumentationstrainings initiiert, in denen haupt- wie ehrenamtliche ver.di-Aktive lernen, was sie den Argumenten der politischen Rechtsausleger entgegensetzen können. Die Nachfrage nach dem Training ist groß, weil die Argumente der Rechten von immer mehr Menschen übernommen werden.

Insbesondere in den Betrieben seien offene Bekenntnisse zur AfD keine Seltenheit mehr, sagt Jörg Förster, der Pressesprecher des ver.di-Landesbezirks. Ruft ver.di hingegen, meist im Bündnis mit anderen Organisationen, zu Demonstrationen auf, kämen kaum AfDler an die Stände. Dort scheuen sie die direkte Auseinandersetzung.

Stattdessen habe er, so Förster, viele Gespräche mit Bürger\*innen geführt, die mit Blick auf den möglichen Ausgang der Wahl besorgt seien. Menschen, die häufig keiner



Partei oder Gewerkschaft angehören, aber jetzt dennoch aufstehen, um sich dem Vormarsch der Rechten in die Parlamente entgegenzustellen. Zudem zeigen die Eintrittszahlen in ver.di im Landesbezirk, dass gerade in diesen Zeiten die Gewerkschaft und die solidarische Gemeinschaft als Anker wahrgenommen werden, sei es, um im Betrieb gemeinsam etwas zu erreichen, aber auch, um politische Botschaften zu senden.

### Rote Linien

In Jena, Weimar und Erfurt zeigt ver.di auf Plakatwänden Motive der Kampagne „Rote Linien“. Dort werden Argumente der AfD zu Themen wie Bildungspolitik, Tariftreue oder Migration aufgegriffen und durch

Gegenargumente mit ver.di-Positionen zurechtgerückt: Die Schlagworte von rechts sind schnell als arbeitnehmerfeindlich entlarvt, bergen sozialen Sprengstoff und spielen verschiedene gesellschaftliche Gruppen gegeneinander aus.

„Ich bin beeindruckt von dem, was die Kolleginnen und Kollegen vor Ort auf die Beine stellen“, sagt ver.di-Landesbezirksleiter Oliver Greie. Insbesondere davon, dass es nicht nur Funktionär\*innen sind, die aktiv werden, sondern breite Teile der Mitgliedschaft. Mit dem Wahlabend wird das Engagement ver.di aber nicht enden – egal wie das Ergebnis lautet. ver.di wird sich weiter auch politisch einmischen, nicht nur im Osten und nicht nur gegen die AfD.

Heike Langenberg

## UM DIE VERGÜTUNG...

...von Betriebsratsmitgliedern geht es vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) am 28. August, nach Redaktionsschluss der Ausgabe der ver.di news. Der DGB-Rechtsschutz vertritt dort zwei Betriebsratsmitglieder, die aufgrund ihrer Tätigkeit eine Wechselschichtzulage erhalten haben. In ihrer Freistellung für die Betriebsratsarbeit hat der Arbeitgeber ihnen diese gestrichen. Jetzt wollen die beiden Kollegen die fehlende Vergütung einklagen. Erstmals seit der Neuregelung der Betriebsratsvergütung wird sich das BAG mit der Frage beschäftigen, wie sich das Entgelt freigestellter BR-Mitglieder berechnet.

## Respekt

„Soziale Gerechtigkeit kann nur mit Respekt und Anstand erreicht werden, nicht durch Menschenfeindlichkeit, Hass und Hetze.“

**KLIMASCHUTZ**  
**Wichtige Impulse**  
Behle bezweifelt Ernsthaftigkeit einer klimafreundlichen Verkehrspolitik  
**SEITE 2**

**GESETZ**  
**Absolutes Armutszeugnis**  
Erneut Entwurf ohne klar verbesserte Standards  
**SEITE 3**

**MHH**  
**Weiter für den Tarifvertrag**  
Verantwortliche ließen Ultimatum verstreichen  
**SEITE 4**

**TARIFARBEIT**  
**Erheblicher Nachholbedarf**  
Gewerkschaften erkämpfen kräftiges Lohnplus in 2024  
**SEITE 5**

**ALTERS-VORSORGE**  
**Tarifvertrag weicht ab**  
BAG-Entscheidung zu älteren Regelungen  
**SEITE 6**

**GUTENBERG**  
**Bücher für alle**  
Büchergilde wurde vor 100 Jahren in Leipzig gegründet  
**SEITE 7**

Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke bezeichnet im Vorfeld der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen rechtsextremistische Tendenzen als Gift für die Gesellschaft

VORBESTELL-TIPP

Reader  
Gute Arbeit 2025

(pm) Ungefähr 20 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungssektor geben an, dass sie mit Künstlicher Intelligenz (KI) arbeiten. Zudem hat die Corona-Pandemie einen Digitalisierungsschub ausgelöst. Inzwischen sind 86 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich von der Digitalisierung betroffen, 68 Prozent in (sehr) hohem Maße. Das sind mehr als noch im Jahr 2016 – so die Zahlen des DGB-Index Gute Arbeit. Aber wie sieht es mit der Gestaltung der digitalen Arbeit aus, und welche Besonderheiten sind bei der KI-Einführung und Anwendung zu beachten? Der Reader Gute Arbeit 2025 gibt wichtige Impulse für eine humane Technik- und Arbeitsgestaltung. Themen sind unter anderem:

- aktueller Stand bei der Gestaltung digitaler Arbeit und Handlungsbedarfe;
- wegweisende Tarifverträge und betriebliche Regelungen, die ver.di in den letzten Jahren abgeschlossen hat;
- rechtliche Rahmenbedingungen und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Betriebsräten sowie Vermeidung diskriminierender Effekte beim KI-Einsatz;
- Beteiligung der Beschäftigten.

Der Reader erscheint im Dezember 2024. Bis zum 31. Oktober muss er vorbestellt werden, um ihn zum ermäßigten Sonderpreis von 6 bis 8 Euro beziehen zu können. Mehr Infos: [kurzlinks.de/y028](https://kurzlinks.de/y028)

# Wichtige Impulse

KLIMASCHUTZ – Behle bezweifelt Ernsthaftigkeit einer klimafreundlichen Verkehrspolitik

(pm) Mitte August haben mehrere Klimaforschungsinstitute die Studie „Quantifizierung der Treibhausgaswirkung von staatlichen Begünstigungen in Deutschland“ veröffentlicht. Der Auftrag dazu kam von der Bundesregierung. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle sieht darin wichtige Impulse für eine klimafreundliche Politik in Deutschland.

## Kontraproduktive Wirkung

Behle hält es für symptomatisch, dass zwei Drittel aller klimaschädlichen Subventionen im Verkehrssektor landen: „Im Verkehrsbereich landen die meisten Subventionen, sie wirken meist kontraproduktiv.“ Als Beispiele nennt sie Energiesteuervergünstigungen für Dieselkraftstoffe oder die pauschale Besteuerung privat genutzter Dienstwagen. Die staatliche Förderung bewirke hier eine besonders große Treibhausgaswirkung. „Also genau das

Gegenteil von dem, was man braucht. Das heißt: die Bundesregierung hat den Klimaschutz in diesem wichtigen Bereich sträflich vernachlässigt. Wir brauchen aber endlich nachhaltige Impulse im Verkehr. Stattdessen wurde mit der stillen Beerdigung des Ausbau- und Modernisierungspaktes die überfällige Verkehrswende abgesagt“, kritisierte Behle.

## Gute Ideen und Konzepte

Zwar könne nicht jede in der Studie genannte Subvention von einem auf den anderen Tag gestrichen werden. „Aber wir haben genügend gute Ideen und Konzepte, wie Verkehr klimafreundlicher geht – für Güter und für Menschen. Man muss nur einmal anfangen damit“, fordert Behle.

Die Studie zeige einmal mehr auf, dass es nicht nur darum gehe, wieviel Geld im Bundeshaushalt sei, sondern vor allem darum, wofür es

verwendet werde. „Einerseits gibt es für die Stabilisierung des kommunalen ÖPNV keinen Heller, und beim kunden- und umweltfreundlichen Deutschlandticket wird geknausert. Wenn man auf der anderen Seite die Summen an Subventionen sieht, kommen einem ernste Zweifel an der Ernsthaftigkeit einer klimafreundlichen Verkehrspolitik“, gibt die Gewerkschafterin zu bedenken.

An der Studie haben unter der Leitung des Öko-Instituts Berlin und des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung ISI Karlsruhe folgende Beteiligte mitgewirkt: Prognos AG Berlin, IREES GmbH Karlsruhe, Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH Osnabrück, Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH und Stefan Klinski, Professor für Wirtschaftsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Der Link zur Studie: [kurzlinks.de/z22w](https://kurzlinks.de/z22w)

## D I E P R E S S E - S H O W

Nie zuvor sei der Betrieb bei den zwei kanadischen Bahnkonzernen aufgrund eines Arbeitskampfes ausgesetzt worden, schreibt das *Handelsblatt* am 22. August. Doch das ist nun passiert. Und weil keine Güter mehr auf den Schienen rollten und das die gesamten Lieferketten in ganz Nordamerika bedrohte, sah sich die Regierung zum Eingreifen gezwungen. Der kanadische Arbeitsminister beschloss ein verbindliches Schiedsverfahren, das den Gewerkschaften das Streiken und den Arbeitgebern das Aussperren per Unterlassung verbot. Im *Handelsblatt* heißt es weiter: „Daraufhin erklärte die Gewerkschaft Teamsters, dass die Angestellten ihre Arbeit bei der Canadian National Railway wieder beginnen werden. Der Arbeitsstopp bei Canadian Pacific Kansas City werde allerdings noch anhalten.“ Die Zeitung urteilt: „Die staatliche Einmischung ist ein Sieg für die Arbeitgeber.“ Von so einem Sieg träumen übrigens auch hierzulande immer wieder Unternehmen im Schulterschluss

mit der Politik, wenn sie eine Beschränkung des Streikrechts fordern.

## In der Hitze auf dem Dach

Alldieweil ruht die Arbeit hierzulande eher wegen der hohen Temperaturen. *Die Sächsische* schreibt am 20. August: „Wenn es nicht gerade aus Eimern gießt, klettern die Temperaturen im sächsischen Sommer schon mal über die 30-Grad-Marke. Für viele ist es dabei mit Eincremen und Wasser trinken getan. Doch wer als Dachdecker arbeitet, der bekäme bei solchen Bedingungen auch mal Hitzefrei...“ Nach Aussage der zuständigen Gewerkschaft bekämen die rund 360 Dachdecker im Landkreis Meißen nun „ein sogenanntes ‚Ausfallgeld‘, einen Ersatzlohn bei extremen Wetterlagen“.

## Ökonomisch kühl

Am 20. August geht auch eine Studie zur extremen Krankheitslage in den Kitas durch die Medien. Unter

anderem *Die Welt* berichtet darüber. Der enorme Krankenstand des Kita-Personals von 30 Tagen im Jahr sei ein Alarmzeichen. Und die Forderung daraus naheliegend: mehr Erzieher\*innen. „Doch so einfach ist es nicht“, heißt es in *Der Welt*. Es wird der generelle Fachkräftemangel angeführt und die Marktwirtschaft: „Wenn das gesetzliche Kita-Angebot finanzierbar bleiben soll, können die Gehälter nicht durch die Decke gehen. Folglich wird es auch in den kommenden Jahren weniger Erzieher geben, als es für Kinder und Mitarbeiter wünschenswert wäre. Oder kühl ökonomisch gesprochen: Das Service-Niveau wird sich am Arbeitsmarkt orientieren, nicht an den Kundenwünschen.“ Weiter heißt’s: „Der Arbeitsmarkt wird Konzerne zwingen, Jobs ins Ausland zu verlagern. Manche Dienstleistung wird vom Markt verschwinden, weil sie niemand mehr erledigen will.“ Wenig erstaunlich: Neun Zehntel der Leser\*innen online teilt die Meinung des Autors nicht. *Petra Welzel*

# Absolutes Armutszeugnis

GESETZESVORHABEN – Erneut Entwurf ohne klar verbesserte Standards

(pm) ver.di übt scharfe Kritik am dritten Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung. Den Entwurf hat das Bundeskabinett Mitte August beschlossen. „Die Bundesregierung bringt das Gesetz erneut ins parlamentarische Verfahren, ohne klare Standards zur Verbesserung der personellen Situation zu vereinbaren. Angesichts des verheerenden Zustandes in den Kitas ein Gesetz vorzulegen, welches nicht zur Entlastung der Fachkräfte und des Kita-Systems beiträgt, ist ein absolutes Armutszeugnis“, kritisiert die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle den Kabinettsbeschluss.

## Hohe Krankenstände

Das Problem: Mit den zurzeit landesrechtlich vorgesehenen Personalschlüsseln könnten mittlerweile vielerorts die vertraglich vereinbarten Öffnungszeiten der Kitas nicht gewährleistet werden. Hohe Krankenstände bei den Beschäftigten,

die insbesondere auf die enorme psychische Belastung in den Einrichtungen zurückzuführen seien, erhöhten den Druck. Laut DAK-Gesundheit hatten Beschäftigte in Kindertagesstätten 2023 mit 534 Arbeitsunfähigkeitstagen je 100 Versicherte die meisten Krankheitstage auf dem gesamten Arbeitsmarkt.

Gleichzeitig wächst in Westdeutschland die Fachkräftelücke. Das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA) verweist darauf, dass die Zahl der offenen Stellen in einem Jahr von 24281 auf 30311 angewachsen sind. Dies ist die größte Fachkräftelücke aller Einzelberufe im Jahr 2023 und führt dazu, dass die Kitas nicht mehr zuverlässig geöffnet sind. Öffnungszeiten müssten verkürzt und Gruppen zusammengelegt werden. Kindgerechte Bildungsarbeit könnten nicht mehr stattfinden. Längst ist eine Abwärtsspirale aus Überlastung der Fachkräfte, Erkrankung, Reduzierung der Arbeitszeit und Fluktuation entstanden, die vor allem die Kinder und

Eltern, aber auch die Wirtschaft zu spüren bekommen.

## Personalschlüssel verbessern

„Wir erwarten daher dringend Nachbesserungen des Gesetzes. So sind insbesondere Maßnahmen zu finanzieren, die den Personalschlüssel deutlich verbessern. Dabei sind Zeiten zur Vor- und Nachbereitung, von Urlaub, Fortbildungen und Krankheit und die dafür notwendigen Vertretungskräfte zu berücksichtigen“, fordert Behle. Dringend geboten sei, dass sich der Bund am Kita-System dauerhaft beteilige und mit den Ländern einen verbindlichen Stufenplan zur Erreichung von gemeinsamen Standards für einen notwendigen Personalschlüssel vereinbare. Dafür müsse auch das sozialpädagogische Ausbildungssystem, z.B. für die Erzieher\*innen, berücksichtigt werden, für das es verbindlicher Absprachen, eines Stufenplans und einer Steigerung von Attraktivität der Ausbildung, z.B. durch eine Ausbildungsvergütung, bedürfe.



HEIKE LANGENBERG

IST DIE VERANTWORTLICHE REDAKTEURIN DER „VER.DI NEWS“

## K O M M E N T A R

### Guter Start ins Leben

Der Name des Gesetzes klingt vielversprechend. „Weiterentwicklung der Qualität (...) in der Kindertagesbetreuung“ kommt darin vor, aber leider nur im Namen. Denn die Qualität kann sich nur weiterentwickeln, wenn dafür auch genügend Personal vorhanden ist. Doch von Standards, um die personelle Situation zu verbessern, ist in dem Entwurf nichts zu sehen. Dabei wäre das eine Grundvoraussetzung, um die Qualität der Kindertagesbetreuung weiterzuentwickeln. Frühkindliche Bildung ist wichtig für einen guten Start ins Leben, und dazu können auch Kindertagesstätten einen wichtigen Beitrag leisten. Aber nur, wenn sie auch personell gut ausgestattet sind. Auf dieser Bildung baut der gesamte weitere Lebensweg des Nachwuchses auf, und die sollte unserer Gesellschaft etwas wert sein. Schade, dass dieser Gedanke immer noch nicht in der Politik angekommen ist und stattdessen weiter mit den engagierten Beschäftigten auf Verschleiß gefahren wird.

## Es zerreißt die Gesellschaft

DGB-AUSBILDUNGSREPORT 2024 – Weniger als ein Fünftel der Betriebe bildet noch aus

(pm) Die überwiegende Mehrheit der Auszubildenden, fast 70 Prozent der Befragten, ist mit ihrer Ausbildung und mit ihren Ausbilder\*innen in den Betrieben zufrieden. Deutliche Unterschiede gibt es jedoch zwischen einzelnen Branchen. Das hat der neueste Ausbildungsreport ergeben. Ihn legt die DGB-Jugend immer zum Beginn eines neuen Ausbildungsjahres vor. Die Ergebnisse spiegeln die unterschiedlichen Lebensrealitäten wider, die junge Menschen in ihrer Ausbildung erleben.

Entscheidende Indikatoren für die Zufriedenheit sind die Bezahlung nach Tarif, die Zahl der geleisteten Überstunden und die sogenannten ausbildungsfremden Tätigkeiten, die viele Azubis übernehmen müssen. Daher gibt es spürbare Unterschiede zwischen einzelnen Berufen. Erneut gab es in diesem Jahr Bestnoten für den

Beruf der Industriemechaniker\*innen (Zufriedenheit von 81,6 Prozent) und für die Industriekaufleute (80,3 Prozent). Überdurchschnittlich viele von ihnen fallen unter den Schutz eines Tarifvertrags.

## Nicht nach Tarif bezahlt

Am unteren Ende der Skala fanden sich hingegen mit den Zahnmedizinischen Fachangestellten (Zufriedenheit von 58,5 Prozent), den Hotelfachleuten (60,4 Prozent) und den Fachlagerist\*innen (61 Prozent) jene Ausbildungsberufe wieder, die oft nicht nach Tarif bezahlt werden.

„Wer eine Ausbildung macht, ist damit meist zufrieden, auch wenn es an manchen Stellen Verbesserungsbedarf gibt. Trotz zurückgehender Zahl der Ausbildungsverträge ist und bleibt die duale Be-

rufsausbildung ein Erfolgsmodell“, sagte DGB-Bundesjugendsekretär Kristof Becker. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack wies darauf hin, dass nicht einmal mehr jeder fünfte Betrieb ausbildet. 2,9 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 34 Jahren seien ohne Berufsabschluss.

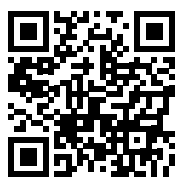
„Es zerreißt unsere Gesellschaft, wenn immer mehr jungen Menschen ein Berufsabschluss fehlt und ihnen somit ein Leben mit prekärer Beschäftigung und Armut droht“, forderte Hannack die Arbeitgeber auf, wieder mehr auszubilden. Ihr Appell: „Gebt auch denjenigen eine Chance, die bisher zu oft durchs Raster fallen! Es gibt unterstützende Angebote der Arbeitsagenturen. Sie müssen nur genutzt werden.“

Der Report zum Download: [kurzlinks.de/4t5l](https://kurzlinks.de/4t5l)



**Wie informieren  
sich Interessen-  
vertreter\*innen?**

(red.) Das Wissenschaftliche Institut für Presseforschung in Köln erforscht zurzeit das berufliche Informationsverhalten von Mitgliedern der Interessenvertretungen. Auftraggeber ist der Bund-Verlag. Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Mitarbeitervertretungen sind aufgefordert, an der Online-Befragung zu der Studie teilzunehmen. Es ist die erste Studie, die sich überhaupt mit diesem Thema beschäftigt. Im Mittelpunkt stehen Fragen danach, wie sich die Teilnehmenden als Beschäftigtenvertreter\*innen informieren und wie Informationsangebote für sie verbessert werden können. Die Befragung erfolgt völlig anonym, das Wissenschaftliche Institut für Presseforschung in Köln bürgt für die vertrauliche Behandlung der Angaben. Ergebnisse aus der Befragung werden im Herbst 2024 auch in der ver.di news veröffentlicht. – Ein Gewinnspiel begleitet die Befragung: Unter allen Teilnehmenden werden fünf Bücher Gutscheine im Wert von je 100 Euro aus einem reichhaltigen Fachbuchsortiment unterschiedlichster Verlage verlost.



ZUR BEFRAGUNG GEHT ES ÜBER DEN OBENSTEHENDEN QR-CODE ODER AUCH ÜBER DEN LINK **PRESSE-FORSCHUNG.DE/BE-GREMIEN**

# Weiter für den Tarifvertrag

MEDIZINISCHE HOCHSCHULE HANNOVER – Verantwortliche ließen Ultimatum verstreichen

(red.) Vor 100 Tagen, am 8. Mai 2024, haben die Beschäftigten der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) ihre Forderungen nach einem Tarifvertrag Entlastung an der Uniklinik an ihren Arbeitgeber übermittelt. Damit verbunden war das Ultimatum an das Präsidium der MHH und die Landesregierung, innerhalb von 100 Tagen an den Verhandlungstisch zu kommen. Doch diese ließen es tatenlos verstreichen.

Die Beschäftigten reagierten prompt. Einen Tag nach Ablauf ihrer Frist, am 16. August, kam es an der MHH zu einem ersten Warnstreik. Mehrere hundert Beschäftigte beteiligten sich daran und kamen zu einer Kundgebung im Rudolf-Kalweit-Stadion. Dort zeigten sie, wie angespannt die Lage an der Uniklinik aus Sicht der Beschäftigten aktuell ist. „Unser Ziel ist es nicht, im Krankenhaus zu streiken. Unser Ziel ist mehr Personal und Entlastung. Um das durchzusetzen, bereiten wir uns auf alles vor“, sagt Milena

Kortz, Fachkrankenschwester für Anästhesie und Intensivmedizin an der MHH Hannover und ver.di-Teamdelegierte an der MHH.

Nach dem ersten Warnstreik verlangt das Arbeitsgericht Hannover allerdings, dass ver.di einzelne Forderungen konkretisiert, bevor es weitere Warnstreiks geben darf. Die Entscheidung spricht aber ausdrücklich nicht gegen einen Entlastungstarifvertrag an der MHH. „Wir werden dies zeitnah tun, um dann um so kraftvoller ein Zeichen zu setzen“, betont ver.di-Landesbezirksleiterin Andrea Wemheuer.

ver.di wartet nun die schriftliche Urteilsbegründung ab, um über das weitere Vorgehen zu beraten. „Fest steht, dass wir uns weiterhin für einen Tarifvertrag Entlastung an der MHH einsetzen, so wie er bereits an 21 anderen Kliniken bundesweit gilt. Wir fordern daher die Landesregierung auf, endlich Tarifverhandlungen zuzustimmen, anstatt mit wechselnden Begründungen juristisch

gegen das Grundrecht auf Streik vorzugehen“, sagt der zuständige Fachbereichsleiter David Matrai.

Land und MHH hatten zuletzt nur eine Dienstvereinbarung zwischen der Uniklinik und dem Personalrat der MHH ins Spiel gebracht. ver.di lehnt eine solche Vereinbarung ab, da sie sich erheblich von einem Tarifvertrag unterscheidet. „Sie ist weniger verlässlich, weil es keine automatische Nachwirkung bei Kündigung gibt; die Gewerkschaft ist außen vor und kann nicht mit Arbeitskämpfmaßnahmen Druck machen; sie kann nicht regeln, was üblicherweise in Tarifverträgen geregelt wird“, sagte Matrai weiter. Zudem könnten die Krankenkassen sich nicht – wie bei einer tariflichen Regelung – in erheblichem Umfang an der Finanzierung beteiligen. „Deshalb lehnen wir einen niedersächsischen Sonderweg ab und halten an der Forderung nach einem Tarifvertrag fest“, schließt der Fachbereichsleiter ab.

## Fokus auf der Ausbildungsqualität

PFLEGE – ver.di-Umfrage zu den Ausbildungs- und Studienbedingungen

(red.) Zum vierten Mal befragt ver.di Auszubildende und Studierende in der Pflege im Rahmen des Ausbildungsreports Pflegeberufe nach ihren Ausbildungs- und Studienbedingungen. Fokus der Befragung liegt auf der Ausbildungsqualität. Dabei geht es um Fragen wie: Wie

läuft die Praxisanleitung? Wie sind Theorie und Praxis miteinander verzahnt? Was läuft gut und was nicht? Noch bis zum 15. Oktober läuft die wissenschaftliche Befragung. Die Ergebnisse des Ausbildungsreports Pflegeberufe sollen im Frühsommer 2025 veröffentlicht werden und

Auskunft darüber geben, welche Herausforderungen in Ausbildung und Studium in der Pflege bestehen. Durch eine rege Beteiligung an der Umfrage kann ver.di zukünftig noch gezielter für Verbesserungen kämpfen.

[efs-survey.com/uc/verdi24](https://efs-survey.com/uc/verdi24)

## Erstmalige Wahl

HERMES EINRICHTUNGS SERVICE – Beschäftigte wollen einen Betriebsrat

(ml) ver.di ruft erstmalig zu einer Betriebsratswahl bei Hermes Einrichtungs Service in Ansbach auf. Diesen Standort gibt es seit über vier Jahren, doch bislang ohne Mitbestimmung. Die über 100 Beschäftigten bearbeiten vor allem schwere Güter wie Waschmaschinen, Kühlschränke und Küchenherde. Viele der Beschäftigten stammen aus Rumänien.

Ende 2023 kamen die ersten auf ver.di Mittelfranken zu, um sich über die Gründung eines Betriebsrates zu informieren. Nach mehre-

ren Treffen und gemeinsamen Vorbereitungen wurde bei einer Wahlversammlung am Standort der Wahlvorstand gewählt. Er ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahl zuständig. Unterstützt hat dabei auch das DGB-Beratungsnetzwerk Faire Mobilität, das Fragen und Antworten für die Beschäftigten ins Rumänische übersetzt hat.

„Die hohe Teilnahmequote an der Wahlversammlung, das große Interesse an der Mitarbeit im Wahlvor-

stand und die vielen Anfragen zur betrieblichen Mitbestimmung stärken unser Ansinnen, einen Betriebsrat am Standort wählen zu lassen“, sagte der zuständige Gewerkschaftssekretär Thomas Hampel. ver.di werde den Wahlvorstand bei seiner Arbeit in den nächsten Wochen unterstützen.

Der Betriebsrat wird im Herbst gewählt. Auch ihm stehe ver.di bei allen Fragen rund um die betriebliche Mitbestimmung nach Betriebsverfassungsgesetz zur Seite.



# Erheblicher Nachholbedarf

WSI-STUDIE – Gewerkschaften erkämpfen kräftiges Lohnplus in 2024

(ml) Erstmals seit den zurückliegenden starken Inflationsjahren sind die Tariflöhne im ersten Halbjahr 2024 wieder deutlich gestiegen. Das ergibt eine aktuelle Auswertung des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. In die Statistik sind sowohl die in den Vorjahren für 2024 vereinbarten Tarifierhöhungen als auch die im ersten Halbjahr

2024 getätigten Abschlüsse eingeflossen.

Im Durchschnitt steigen die Tariflöhne in diesem Jahr um 5,6 Prozent. Wenn man die Inflationsrate von 2,4 Prozent abzieht, bleibt ein realer Lohnanstieg von 3,1 Prozent. Die Abschlüsse im ersten Halbjahr 2024 fielen sogar mit durchschnittlich 7,6 Prozent noch stärker aus, da in großen Tarifbranchen Abschlüsse getätigt wurden. Beispiels-

weise im Einzelhandel und dem Groß- und Außenhandel, wo die letzte Tarifierhöhung bereits mehrere Jahre zurücklag und der Nachholbedarf besonders groß war.

Einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Tariflöhne leisten auch in diesem Jahr Inflationsausgleichsprämien, die in nahezu allen großen Tarifbranchen wie auch in vielen kleinen Tarifbereichen vereinbart wurden. „Allerdings sind die Inflationsausgleichsprämien als Einmalzahlungen durchaus ein zweischneidiges Schwert“, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Thorsten Schulten. Der Wegfall der steuer- und abgabenfreien Prämien in 2025 dämpfe dann die Lohnentwicklung.

Trotz der kräftigen Lohnsteigerungen in 2024 sind die vergangenen drei Jahre mit massiven Kaufkraftverlusten damit erst zur Hälfte kompensiert. Insgesamt liegt das preisbereinigte Niveau der Tariflöhne in 2024 noch deutlich unter dem Spitzenwert des Jahres 2020. „Damit besteht bei der Tariflohnentwicklung weiterhin ein erheblicher Nachholbedarf“, so Schulten.



Foto: Kay Herschelmann

**NORBERT REUTER** LEITET DIE TARIFPOLITISCHE GRUNDSATZABTEILUNG IN VER.DI

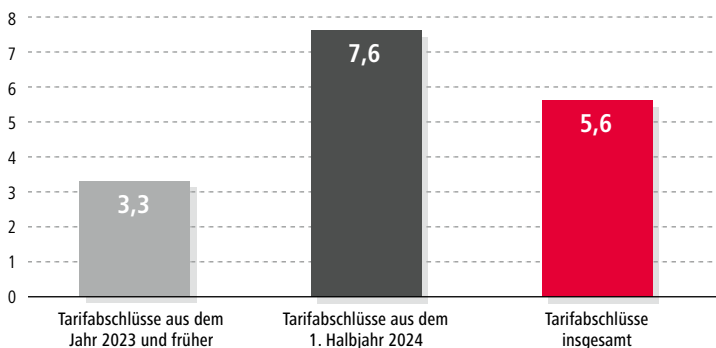
**K O M M E N T A R**

## Tarifpolitik holt auf

Die Inflation war ab 2021 derart plötzlich und unerwartet in die Höhe geschossen, dass die Gewerkschaften in laufenden Tarifrunden gar nicht so schnell reagieren konnten. Während Unternehmen ihre Preise erhöhen und so steigende Einnahmen haben, müssen sich Beschäftigte mit ihren Gewerkschaften höhere Löhne als Ausgleich für höhere Preise immer erst erkämpfen. Nachdem die Reallöhne in den ersten beiden Inflationsjahren zunächst um 5,3 Prozent gefallen waren, gelang 2023 bereits wieder annähernd der Ausgleich. Allerdings blieb die Aufgabe, auch einen Ausgleich der Reallohnverluste 2021 und 2022 durchzusetzen. Mit viel Engagement und auch Streiks ist es den Gewerkschaften nun 2024 gelungen, hohe Tarifabschlüsse zu erzielen und einen Teil der Verluste wieder reinzuholen. Allerdings bleibt auch in kommenden Tarifrunden noch einiges zu tun, um auch die verbliebenen Verluste auszugleichen. Schließlich geht es um nichts anderes, als dass die Beschäftigten ihren gerechten Anteil vom Kuchen erhalten – und nicht die Unternehmen Profiteure der Inflation bleiben.

### Durchschnittliche Erhöhung der nominalen Tariflöhne 2024\*

Angaben in Prozent gegenüber dem Vorjahr



\*Vorläufiges Ergebnis auf Basis der bis zum 3.7.24 vereinbarten Tarifierhöhungen für 2024; Inflationsausgleichszahlungen werden als Bruttoeinmalzahlungen ohne Ersparnis von Sozialbeiträgen und Abgaben gerechnet

QUELLE: WSI-TARIFARCHIV

## Mitglieder lehnen Angebote ab

SEEHÄFEN – Tarifkommission spricht sich für Nachverhandlungen aus

(pm) In der vierten Verhandlungsrunde für einen neuen Tarifvertrag für die 11 500 Beschäftigten der deutschen Nordseehäfen hatten die Arbeitgeber ein nach ihren Aussagen finales Angebot vorgelegt, das zwei Varianten mit unterschiedlicher Laufzeit enthält. ver.di-Verhandlungsführerin Maren Ulbrich bewertete das Angebot als völlig unzureichend. Der Meinung waren auch die ver.di-Mitglieder unter den Beschäftigten: Sie lehnten in einer Mitgliederbefragung beide Varianten als unzureichend ab. Die zuständige ver.di-Tarifkommission hat daraufhin Ende August für eine Nachverhandlung gestimmt.

„Die völlig unzureichenden Vorschläge der Arbeitgeberseite zu Beginn der Verhandlungen haben die Beschäftigten provoziert. Die Streiks der letzten Wochen haben deutlich gezeigt, dass die Beschäftigten

nicht bereit sind, sich billig abspesen zu lassen. Die jetzige Situation haben sich die Arbeitgeber selbst zuzuschreiben“, so Ulbrich.

### Das sahen die Angebote vor

#### Variante 1

- Laufzeit 12 Monate
- steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie von 1000 Euro (Teilzeit anteilig)
- Erhöhung der Stundenlöhne um 95 Cent, der Schichtzulagen und des jährlichen Urlaubsgelds um 480 Euro zum 1. Januar 2025

#### Variante 2

- Laufzeit 16 Monate
- Inflationsausgleichsprämie von 1400 Euro
- Erhöhung der Stundenlöhne um 1,15 Euro, der Schichtzulagen und des jährlichen Urlaubsgelds um 480 Euro zum 1. Januar 2025

Beide Vorschläge bilden für die Beschäftigten aber nicht die notwendigen Lohnerhöhungen und Entlastungen ab, die sie von einem für sie akzeptablen Abschluss erwarten, so Ulbrich. „Die Beschäftigten leisten tagtäglich harte Arbeit an den Seehäfen und damit einen enormen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Gütern. Das muss sich für die Kolleginnen und Kollegen dann auch rechnen.“

### Die ver.di-Forderungen

ver.di hatte eine Erhöhung der Stundenlöhne um 3 Euro zum 1. Juni 2024 gefordert sowie eine entsprechende Anhebung der Schichtzuschläge, inklusive einer Nachholung der ausgebliebenen Erhöhung der Schichtzulagen im Tarifabschluss 2022, bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten.

# Tarifvertrag weicht ab

BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE – BAG-Entscheidungen zu älteren Regelungen

## Grob fahrlässig

(ku) Mit sogenannten Phishing-Mails versuchen Betrüger\*innen immer wieder, an die Bankdaten ihrer Opfer zu kommen. Häufig werden diese auch auf echt aussehende Websites geleitet. Doch die Methoden werden immer perfider. So ist ein Mann in Lübeck auf einen vermeintlichen Bankmitarbeiter hereingefallen, der ihn mehrfach angerufen hatte. Beim dritten Anruf forderte er den Mann auf, eine Website zu öffnen, deren Adresse er ihm Wort für Wort diktierte. Zudem sagte er ihm, dass er per SMS einen Code erhalte, den er dann in die Eingabemaske eingeben müsse. Die SMS begann mit dem Einleitungssatz „Bitte klicken Sie hier, um die PushTan-App einzurichten“. Außerdem wurde er aufgefordert, die SMS nicht an dritte Personen weiterzugeben, und darauf hingewiesen, dass kein Bankmitarbeiter ihn um die Weitergabe dieser Daten bitten werde. Der Kunde gab die Linkadresse ein und aktivierte damit das mobile TAN-Verfahren. Die Betrüger buchten in der Folge rund 10 000 Euro von dem Konto ab. Der Kunde versuchte, sich das Geld von der Bank wiederzuholen. Vergeblich. Das Landgericht Lübeck beurteilte sein Verfahren als grob fahrlässig, so die Plattform **kostenlose-urteile.de**. Durch die SMS hätte er merken müssen, dass es um mehr geht als die Aktualisierung der AGB.

**Aktenzeichen**  
3 O 153/23

(bag) Das Betriebsrentengesetz, kurz BetrAVG, wurde zum Anfang des Jahres 2023 mit dem 2. Betriebsrentenstärkungsgesetz erneut reformiert. Ziel war es, die betriebliche Altersvorsorge attraktiver zu machen.

Jüngst hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) in einer Entscheidung festgestellt, dass von den gesetzlichen Regelungen zur Entgeltumwandlung auch in Tarifverträgen abgewichen werden kann, die vor dem Inkrafttreten des 1. Betriebsrentenstärkungsgesetzes aus dem Jahr 2018 abgeschlossen wurden. Das gilt einschließlich der Regelungen zum Anspruch auf einen Arbeit-

geberzuschuss, heißt es in einer Pressemitteilung des BAG.

Geklagt hatte ein Mann, der seit 1982 in einer Firma arbeitete. Seit 2009 galt für diesen Betrieb ein Tarifvertrag zur Altersversorgung. Auf dieser Basis wandelte der Mann monatlich Entgelt für seine Altersvorsorge um. Laut dem Tarifvertrag hatte er Anspruch auf einen zusätzlichen Grundbetrag in Höhe eines 25-fachen des Facharbeiter-Ecklohns.

Allerdings forderte der Mann zusätzlich zu seinem umgewandelten Entgelt ab dem 1. Januar 2022 einen Arbeitgeberzuschuss in Höhe von 15 Prozent. Dabei berief er sich auf § 1a, Absatz 1a. Er ging davon

aus, dass dieser Zuschuss nicht durch eine tarifvertragliche Regelung ausgeschlossen werden könne, da er bereits vor Inkraft-Treten der Regelung bestanden habe.

Die Vorinstanzen hatten die Klage abgewiesen und auch die Revision vor dem BAG hatte keinen Erfolg. Abweichende Regelungen seien auch dann möglich, wenn der Tarifvertrag schon vor der Gesetzesänderung abgeschlossen worden ist. Der dritte Senat hat an diesem Tag auch in zwei weiteren Parallelverfahren so entschieden.

**Aktenzeichen** 3 AZR 285/23,  
3 AZR 286/23, 3 AZR 287/23

## Menschenrechte nicht opfern

LIEFERKETTEN – Habeck schlägt Aussetzung des deutschen Gesetzes vor

(red.) Deutschland hat ein Lieferkettengesetz. Die EU hat sich mittlerweile auch auf Regelungen zu einem EU-Lieferkettengesetz verständigt. Damit sollen unter anderem gute Arbeitsbedingungen entlang der Lieferketten durchgesetzt werden. Dazu werden auch die Unternehmen hierzulande in die Pflicht genommen.

Ausgerechnet ein Grünen-Politiker, Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, hat sich im Juni dafür eingesetzt, dass das deutsche Gesetz für zwei Jahre ausgesetzt wird,

bis die europäischen Regelungen in ein deutsches Gesetz umgesetzt worden sind. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Union ist allerdings gescheitert und wird jetzt im zuständigen Ausschuss für Arbeit und Soziales weiter beraten.

„Menschenrechte dürfen nicht auf dem Altar politischer Gefälligkeiten geopfert werden, um gut Wetter bei den Wirtschaftsverbänden zu machen. Das ist ein absolutes no go, das ich ausgerechnet von einem grünen Wirtschaftsminister

nicht erwartet hätte, aus einer Partei, die damit für sich wirbt, Politik auf der Grundlage eines stabilen Wertesystems zu machen. Sie täte gut daran, dieses Wertesystem nicht für kurzfristige Lobby-Interessen abzubauen, sondern zu pflegen. Ein Kotau vor der Wirtschaft zu Lasten von Schutz und Respekt von Beschäftigten weltweit stellt die Glaubwürdigkeit der Grünen auf den Prüfstand“, kommentierte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke den Vorgang.

## Unfallversicherungsschutz bei Impfung

BUNDESZOZIALGERICHT – Teilnahme muss wesentlichen betrieblichen Interessen dienen

(bsg) Ein Krankenhauskoch kann unter Unfallversicherungsschutz stehen, wenn er an einer von der Krankenhausverwaltung angebotenen Impfung gegen Schweinegrippe teilnimmt. Das hat der 2. Senat des Bundessozialgerichts (BSG) entschieden.

Der Kläger leitet die Gastronomie in einer Krankenhausküche. Er nahm an einer vom Krankenhaus organisierten Impfung gegen Schweinegrippe (Influenza A/H1N1) teil. Jahre später traten Fieberschübe auf, die der Kläger auf die Impfung zurückführte. Die beklagte Berufsgenossenschaft und die Vor-

instanzen lehnten es ab, einen Arbeitsunfall festzustellen.

Die Revision des Klägers war erfolgreich, das Verfahren wurde zurück an das Landessozialgericht verwiesen. Die Begründung: Auch eine planmäßig und freiwillig durchgeführte Impfung könne ein Unfallereignis sein – wenn sie zu einer Impfkomplication und einem Gesundheitserstschaden führt. Allerdings bedürfe es einen inneren Zusammenhang der konkreten Impfung mit der versicherten Tätigkeit.

Dazu reiche es nicht aus, dass die Impfung vom Arbeitgeber empfohlen, finanziert und anschließend im

Betrieb durchgeführt wird. Die Teilnahme an der Impfung müsse wesentlich betrieblichen Zwecken dienen. In einem Krankenhaus mit einem gesteigerten Interesse an einem möglichst umfassenden Gesundheitsschutz für Patient\*innen könne dies auch dann der Fall sein, wenn die Impfung aufgrund des Beschäftigungsverhältnisses unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Ständigen Impfkommision erforderlich war. Feststellungen zu diesen besonderen Umständen hat das Landessozialgericht nicht getroffen.

**Aktenzeichen** B 2 U 3/22 R

# Bücher für alle

**BÜCHERGILDE GUTENBERG – Vor 100 Jahren in Leipzig gegründet**

(red.) Am Wochenende rund um den 1. September feiert die Büchergilde Gutenberg in Leipzig ihr 100jähriges Bestehen. Teil der Feierlichkeiten ist die Werkstattausstellung „Vorwärts – mit heiteren Augen! 100 Jahre Büchergilde Gutenberg“ im Museum für Druckkunst in Leipzig. Sie ist noch bis zum 10. November zu sehen.

## Verlagsgenossenschaft

Das sind außer 100 Jahren Literatur- und Buchgeschichte auch 100 wechselhafte Jahre deutsche Geschichte, die sich in der Historie der Büchergilde widerspiegeln: Exil und Neugründung. Wirtschaftswunder und Turbulenzen. Konsolidierung und neuer Aufbruch. In Leipzig wurde die Büchergilde im August 1924 gegründet. Initiator war der Bildungsverband der Deutschen Buch-

drucker. Ziel war es, Arbeiter\*innen den Zugang zu Büchern zu erleichtern. Bis heute ist es ein zentrales Anliegen der Büchergilde, hochwertige Bücher für alle zugänglich zu machen, unabhängig vom Stand und Bildungsgrad. Seit 2014 ist die Büchergilde als Verlagsgenossenschaft organisiert.

## Ein Stück Geschichte

Die Büchergilde ist nicht nur ein Stück Gewerkschaftsgeschichte, sie ist auch ein Abbild der Vielfalt und Lebendigkeit des Literatur- und Kulturlebens im deutschsprachigen Raum. Dabei geht es um ein wohl kuratiertes Literaturprogramm, kreative Gestaltung und eine kritische Reflexion des Zeitgeschehens. 1500 Genoss\*innen engagieren sich für die Unabhängigkeit der Büchergilde. Sie ist heute die einzige literari-

sche Büchergemeinschaft, ihr gehören rund 60 000 Mitglieder an.

## Ein Buch im Quartal

Die Mitglieder können die Sonderausgaben der Büchergilde kaufen, mindestens eine pro Quartal. Damit unterstützen sie die Arbeit und das Engagement der Kolleg\*innen.

Mehr Infos zur Ausstellung: [druckkunst-museum.de/de/termin/buechergilde-gutenberg.html](http://druckkunst-museum.de/de/termin/buechergilde-gutenberg.html)

Mehr Infos zur Büchergilde und deren Angebot: [buechergilde.de](http://buechergilde.de)

„VOLL GUTEN GEISTES – 100 JAHRE BÜCHERGILDE GUTENBERG“ – ARTIKEL AUS DER VER.DI PUBLIK: **PUBLIK.VERDI.DE/AUSGABE-202405/VOLL-GUTEN-GEISTES/**

# Engagement gesucht

**ARBEIT BEI VER.DI – Bewerbung für Trainee-Programm läuft noch**

(hla) Noch bis zum 17. September, 14 Uhr, können sich Interessierte online für das Traineeprogramm von ver.di bewerben. Es beginnt am 1. April 2024. Damit ver.di engagierte neue Gewerkschaftssekretär\*innen findet, sind auch Aktive in ver.di gefragt. Denn gleich, ob im Haupt- oder Ehrenamt aktiv, sie kennen Menschen, die ihr Engagement zum Beruf machen können. Vielleicht sind sie aufgefallen durch besonderen Einsatz für Aktionen, in Betrieben und Dienststellen, in der betrieblichen Interessenvertretung, gleich ob JAV oder Betriebs- bzw. Personalrat oder in der Mitarbeitervertretung.

Solche Menschen sucht ver.di, die, die sich einsetzen für andere,

bei denen der solidarische Gedanke im Mittelpunkt steht. Manche von ihnen kennen das Trainee-Programm noch nicht oder kommen nicht auf die Idee, dass es auch für sie eine Alternative bei der beruflichen Entwicklung sein könnte. Trainees bei ver.di betonen immer wieder, wie wichtig es auch für sie im Vorfeld der Bewerbung gewesen ist, mit anderen Gewerkschafter\*innen über ihre Perspektiven sprechen zu können. Dabei geht es etwa darum, über den Alltag von hauptamtlichen ver.di-Beschäftigten zu sprechen oder zu reflektieren, wie der Einsatz bei anderen ehrenamtlichen ankommt und was sie vom Hauptamt an Unterstützung und Einsatz erwarten.

## Infoveranstaltungen online

Daher ist es wichtig, die Werbung für das Trainee-Programm auch weiterzugeben, wenn man selbst schon den Traumjob gefunden hat. Denn ver.di braucht auch in Zukunft engagierte Beschäftigte, um für eine bessere Arbeitswelt und eine gerechtere Gesellschaft sorgen zu können. Online-Infoveranstaltungen finden am 9. September, 18 bis 20 Uhr, sowie am 13. September, 10 bis 12 Uhr, statt. Dabei geht es neben dem Trainee-Programm auch um die Möglichkeit, an der Europäischen Akademie der Arbeit (EAdA) zu studieren.

Mehr Infos: [karriere.verdi.de](http://karriere.verdi.de)

## Talente in der beruflichen Bildung

(red.) Am 16. September endet die Bewerbungsfrist für das Stipendienprogramm für Talente in der Beruflichen Bildung (TiBB). Erstmals in ihrer Geschichte vergibt die Hans-Böckler-Stiftung Stipendien an Auszubildende aller Fachrichtungen. Sie sollten sich aktuell am Ende des ersten bzw. Anfang des zweiten Ausbildungsjahrs befinden. Während der Pilotphase werden in drei aufeinanderfolgenden Jahren zunächst jeweils 50 Auszubildende aufgenommen und für drei Jahre gefördert. Das ist ein Beitrag der HBS zu dem im Koalitionsvertrag der Ampelregierung festgehaltenen Teilvorhaben, akademische und berufliche Ausbildung auch in der Begabtenförderung gleichwertig zu behandeln. Die neuen Stipendiat\*innen erwartet neben der finanziellen auch eine umfangreiche ideelle Förderung in Form eines modularen Seminarprogramms. Die Angebote reichen von Konfliktmanagement- und Diversitätsseminaren bis hin zu einem Planspiel. In diesem Planspiel gestalten die Auszubildenden gemeinsam eine partizipatorische und nachhaltige Stadt als Projekt. Dabei bringen sie die verschiedenen Perspektiven ihrer Branche ein. Zusätzlich ist eine Auslandsakademie in San Francisco geplant, die einen Intensivsprachkurs beinhaltet. Auch ein Austausch zwischen den Stipendiat\*innen der beruflichen und der akademischen Bildung ist vorgesehen.

[tibt-boeckler.de](http://tibt-boeckler.de)

## IMPRESSUM

### ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

#### HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

#### CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

#### REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWÖRTLICH), RITA SCHUHMACHER

#### REDAKTIONSASSISTENZ: KATRIN SCHMIEDEL

#### VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

#### INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

#### CARTOON: NELCARTOONS.DE

#### ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,

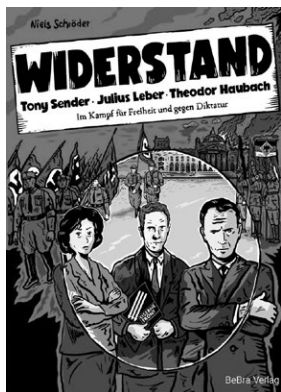
TEL.: 030 / 69 56 1069

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

#### HINWEIS: DIE AUSGABE 12 ERSCHEINT

AM 14. SEPTEMBER 2024

[verdi.de](http://verdi.de)



NIELS SCHRÖDER:  
**WIDERSTAND**, TONY  
 SENDER, JULIUS LEBER,  
 THEODOR HAUBACH,  
 IM KAMPF FÜR FREIHEIT  
 UND GEGEN DIKTATUR,  
 BEBRA VERLAG,  
 160 SEITEN, 20 EURO,  
 ISBN 978-3898092517

# Widerstand gegen Nazis

**B**UCHTIPP – Als Graphic Novel bildhaft erzählt

Das Attentat von Widerständlern auf Adolf Hitler vor 80 Jahren, am 20 Juli 1944, misslang, und die Nazi-Diktatur herrschte noch weitere zehn Monate. Widerstand gegen das Nazi-Regime gab es schon 1933, gegen faschistische Tendenzen und gar Gewalt bereits in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Dies breitet Niels Schröder mit einer beeindruckenden Graphic Novel am Beispiel von drei Exponenten aus: Tony Sender, Theodor Haubach und Julius Leber.

Mit biografischen Reflexionen hält der Zeichner die Handlungsstränge des Widerstands zusammen. Die Frauenrechtlerin, Sozialdemokratin und Gewerkschafterin Tony Sender nimmt er als Ausgangs- und Endpunkt, eingeflochten mit der Vita und dem Handeln der Nazigegner Haubach und Leber, die für ihren Widerstand gegen die Nazis zum Tode verurteilt und vor dem Ende des Terrorregimes hingerichtet wurden. Das der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nahestehende „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, 1924 von Haubach und Leber mitgegründet, zeigte während der Weimarer Republik sichtbar mit Kundgebungen und Aufmärschen seine Gegnerschaft zu den Rechts-extremen, vor allem gegen die NSDAP.

„Es war für mich wichtig, dass die Bürger auch eine gefühlsmäßige Bindung zur Demokratie aufbauen. Dafür sollte das Reichsbanner stehen“, so Julius Leber. Es ist Schröders Anliegen, diesen Widerstand sichtbarer zu machen. Er nutzt seine Fähigkeit, Geschichte und ihre Dramatik in eine ausdrucksstarke Bildersprache umzusetzen.

Mit Tony Sender hat der Zeichner eine Persönlichkeit gefunden, die im März 1933 noch rechtzeitig den Nazis entkommen war,

aber im Exil mit Weggefährten die Nazis weiter bekämpfte. So beginnt die Graphic Novel mit einem Prolog in New York mit einer Reflexion auf die Weimarer Republik, in der sie Reichstagsabgeordnete und Redakteurin beim Metallarbeiterverband war und endet mit einem Epilog, mit einer Reminiszenz an Haubach, Leber und andere, die für ihren Widerstand ihr Leben ließen. Tony Sender wirkte ab 1947 als Vertreterin des Internationalen

Bundes Freier Gewerkschaften bei den Vereinten Nationen.

Diese Graphic Novel ist ein gutes Beispiel dafür, dass man immer noch etwas Neues über die Zeit des Nazi-Regimes erfahren kann. „Es gibt noch viel zu entdecken“, sagte Johannes Tüchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, – auch mit Blick auf die Sonderausstellung „Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ in seinem Hause. *Gunter Lange*

## Anstand

„Die Antwort kann doch nicht sein, dass wir Menschen, die selber vor Islamisten fliehen, weil sie von denen für ihre Lebensweise verfolgt werden, jetzt die Tür vor der Nase zuschlagen.“

Kevin Kühnert, SPD-Generalsekretär, reagiert auf die Forderung des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz, nach dem Anschlag von Solingen keine Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan mehr aufzunehmen

## AKTIVENKONFERENZ

Noch bis zum 2. September läuft der Countdown für die Anmeldung zur bundesweiten Aktivenkonferenz von ver.di. Vom 22. bis 24. November treffen sich dazu ehren- und hauptamtliche Kolleg\*innen in Hannover. Aktive aus allen ver.di-Landesbezirken und Fachbereichen. Dazu zählen nicht nur Betriebs- und Personalräte sowie hauptamtliche Gewerkschafter\*innen, sondern auch Vertrauensleute, Tarifbotschafter\*innen und betrieblich Aktive. Sie können sich aus mehr als 30 spannenden und praxisorientierten Workshops ihr Programm für die drei Tage zusammenstellen. Diese gehen rund um die Themen:

- Gewerkschaftsarbeit im Betrieb
- Tariffkampagnen
- Erschließungsarbeit
- Ausweitung von Strategieentwicklungskompetenz

An dem Wochenende sollen die Teilnehmenden Gemeinschaft erleben, Netzwerken und sich austauschen. Möglich wird dies über neue Formate, Methoden und Prozesse. Die Themen werden anhand konkreter Beispiele betrachtet. Dies erfolgt sowohl in Plenums- als auch Workshopphasen.

Anmeldung und mehr Infos unter [aktivenkonferenz.verdi.de](http://aktivenkonferenz.verdi.de). Die Plätze sind begrenzt. Eine Zu- bzw. Absage erfolgt bis zum 9. September.